

**Revisionsprotokoll
zu dem am 26. November 1964 in Bonn unterzeichneten Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
und zur Verhinderung der Steuerverkürzung**

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND
und
DAS VEREINIGTE KÖNIGREICH
GROSSBRITANNIEN UND NORDIRLAND,

VON DEM WUNSCH GELEITET, ein Revisionsprotokoll zu dem am 26. November 1964 in Bonn unterzeichneten Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung (im folgenden als „das Abkommen“ bezeichnet) zu schließen,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Artikel I des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel I

- (1) Steuern im Sinne dieses Abkommens sind
- a) in der Bundesrepublik Deutschland:
 - die Einkommensteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe dazu,
 - die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe dazu,
 - die Vermögensteuer und
 - die Gewerbesteuer
 (im folgenden als ‚Steuer der Bundesrepublik‘ bezeichnet);
 - b) im Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland:
 - die income tax (Einkommensteuer einschließlich der surtax (Übersteuer),
 - die corporation tax (Körperschaftsteuer) und
 - die capital gains tax (Steuer vom Veräußerungsgewinn)
 (im folgenden als ‚Steuer des Vereinigten Königreichs‘ bezeichnet).

(2) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die von einer der Vertragsparteien nach dem Zeitpunkt der Unterzeichnung dieses Abkommens neben den bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.“

Artikel 2

Artikel II Absatz 1 Buchstaben a und b des Abkommens werden gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

- a) der Ausdruck ‚Vereinigtes Königreich‘ Großbritannien und Nordirland einschließlich des außerhalb des Küstenmeers des Vereinigten Königreichs liegenden Gebiets, das in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht aufgrund der Gesetze des Vereinig-

ten Königreichs über den Festlandssockel als ein Gebiet bezeichnet worden ist oder künftig bezeichnet wird, in dem die Rechte des Vereinigten Königreichs hinsichtlich des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer Naturschätze ausgeübt werden dürfen;

- b) der Ausdruck ‚Bundesrepublik‘, im geographischen Sinne verwendet, den Geltungsbereich des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland sowie das an die Hoheitsgewässer der Bundesrepublik Deutschland angrenzende und steuerrechtlich als Inland bezeichnete Gebiet, in dem die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht ihre Rechte hinsichtlich des Meeresgrundes und des Meeresuntergrundes sowie ihrer Naturschätze ausüben darf;“

Artikel 3

Artikel II Absatz 2 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Ist nach diesem Abkommen für Einkünfte aus Quellen innerhalb eines der Gebiete dort eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung zu gewähren, falls die Einkünfte in dem anderen Gebiet steuerpflichtig sind, und sind diese Einkünfte nach dem geltenden Recht des anderen Gebietes dort nur insoweit steuerpflichtig, als die entsprechenden Beträge in das andere Gebiet überwiesen oder dort entgegengenommen werden, so gilt die nach diesem Abkommen im erstgenannten Gebiet zu gewährende Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung nur für die in das andere Gebiet überwiesenen oder dort entgegengenommenen Beträge.“

Artikel 4

(1) Artikel VI Absatz 1 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Dividenden, die eine in einem der Gebiete ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Gebiet ansässige Person zahlt, können auch in dem erstgenannten Gebiet besteuert werden. Die Steuer in dem erstgenannten Gebiet darf jedoch 15 vom Hundert des Bruttobetrags der Dividenden nicht übersteigen, wenn die Dividenden entweder in dem anderen Gebiet steuerpflichtig sind oder wenn es sich um solche von einer im Vereinigten Königreich ansässigen Gesellschaft gezahlte Dividenden handelt, die nach Artikel XVIII Absatz 2 Buchstabe a von der Steuer der Bundesrepublik befreit sind.“

(2) Artikel VI Absatz 4 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(4) Der in diesem Artikel verwendete Begriff ‚Dividenden‘ bedeutet Einkünfte aus Aktien, Genußrechten oder Genußscheinen, Kuxen, Gründeranteilen oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschafts-

anteilen stammende Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Gebietes, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einkünften aus Aktien gleichgestellt sind, im Falle der Bundesrepublik umfaßt der Begriff auch Einkünfte aus Gesellschafts- und Gewinnanteilen an einer in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaft sowie Einkünfte eines stillen Gesellschafters aus seiner Beteiligung als stiller Gesellschafter; im Falle des Vereinigten Königreichs umfaßt der Begriff auch alle Einkünfte (außer Zinsen oder Lizenzgebühren, die nach Artikel VII dieses Abkommens von der Steuer des Vereinigten Königreichs befreit sind), die nach dem Recht des Vereinigten Königreichs wie Ausschüttungen einer Gesellschaft behandelt werden."

(3) Artikel VI Absatz 6 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"(6) Ist eine Gesellschaft Empfänger der Dividenden und sind diese in dem Gebiet, in dem die Gesellschaft ansässig ist, steuerfrei, so gelten Absatz 1 Satz 2 und Absatz 2 für die Dividenden insoweit nicht, als diese nur aus Einkünften gezahlt sein können, welche der dividendenzahlenden Gesellschaft mindestens 12 Monate vor dem Zeitpunkt zugeflossen sind, an dem der Empfänger die Anteile erworben hat, für welche die Dividenden gezahlt werden. Wenn mit dem Erwerb der Anteile nicht hauptsächlich bezweckt wurde, die Vorteile dieses Artikels zu erlangen, findet dieser Absatz keine Anwendung."

Artikel 5

Dem Artikel VII des Abkommens wird der folgende neue Absatz hinzugefügt:

"(6) Den Zinsen und Lizenzgebühren, die eine in einem der Gebiete ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Gebiet ansässige Gesellschaft zahlt, darf der Abzug bei der Ermittlung des steuerpflichtigen Gewinns der zahlenden Gesellschaft nicht aufgrund von Rechtsvorschriften des erstgenannten Gebietes versagt werden, die sich ausschließlich mit Zins- und Lizenzzahlungen an in diesem Gebiet nicht ansässige Gesellschaften befassen; das gilt nicht, wenn die Forderung, die Rechte oder die Vermögenswerte, für die die Zinsen oder die Lizenzgebühren gezahlt werden, nicht aus echten wirtschaftlichen Gründen, sondern hauptsächlich zu dem Zweck geschaffen oder überlassen worden sind, in den Genuß dieses Absatzes zu gelangen."

Artikel 6

Artikel VIII des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel VIII

(1) Gewinne aus der Veräußerung unbeweglichen Vermögens im Sinne des Artikels XII Absatz 2 können in dem Gebiet besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Gewinne aus der Veräußerung beweglichen Vermögens, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte darstellt, die ein Unternehmen eines der Gebiete in dem anderen Gebiet hat, oder das zu einer festen Einrichtung gehört, über die eine in einem der Gebiete ansässige Person für die Ausübung eines freien Berufes in dem anderen Gebiet verfügt, einschließlich derartiger Gewinne, die bei der Veräußerung einer solchen Betriebsstätte (allein oder zusammen mit dem übrigen Unternehmen) oder einer solchen festen Einrichtung erzielt werden, können in dem anderen Gebiet besteuert werden. Jedoch können Gewinne aus der Veräußerung des in Artikel XVI Absatz 3 genann-

ten beweglichen Vermögens nur in dem Gebiet besteuert werden, in dem dieses bewegliche Vermögen nach dem angeführten Artikel besteuert werden kann.

(3) Gewinne aus der Veräußerung des in den Absätzen 1 und 2 nicht genannten Vermögens können nur in dem Gebiet besteuert werden, in dem der Veräußerer ansässig ist. Dieser Absatz schließt nicht aus, daß die Veräußerungsgewinne solcher natürlichen Personen im Vereinigten Königreich besteuert werden, die im Vereinigten Königreich noch als gewöhnlich ansässig (ordinarily resident) gelten und in der Bundesrepublik mit diesen Gewinnen nicht steuerpflichtig sind."

Artikel 7

Artikel XII Absatz 3 wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

"(3) Die Absätze 1 und 2 gelten für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens einschließlich der Einkünfte aus land- und forstwirtschaftlichen Unternehmen."

Artikel 8

Artikel XVII des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel XVII

(1) Vorbehaltlich des Absatzes 3 stehen den in der Bundesrepublik ansässigen natürlichen Personen die gleichen Freibeträge, Vergünstigungen und Ermäßigungen in bezug auf die Steuer des Vereinigten Königreichs zu, die den nicht im Vereinigten Königreich ansässigen britischen Staatsangehörigen gewährt werden.

(2) Vorbehaltlich des Absatzes 3 stehen den im Vereinigten Königreich ansässigen natürlichen Personen die gleichen Freibeträge, Vergünstigungen und Ermäßigungen in bezug auf die Steuer der Bundesrepublik zu, die den nicht in der Bundesrepublik ansässigen deutschen Staatsangehörigen gewährt werden.

(3) Eine in einem der Gebiete ansässige Person, die aus dem anderen Gebiet nur Dividenden, Zinsen oder Lizenzgebühren (oder nur mehrere Einkünfte dieser Art) bezieht, kann bei ihrer Besteuerung in dem anderen Gebiet die in diesem Artikel erwähnten Freibeträge, Vergünstigungen oder Ermäßigungen nach diesem Abkommen nicht beanspruchen."

Artikel 9

Artikel XVIII des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel XVIII

(1) Im Rahmen der Rechtsvorschriften des Vereinigten Königreichs über die Anrechnung der in einem Gebiet außerhalb des Vereinigten Königreichs zu zahlenden Steuer auf die Steuer des Vereinigten Königreichs (jedoch unbeschadet der hierin enthaltenen allgemeinen Grundsätze) wird folgende Steueranrechnung gewährt:

a) Die nach dem Recht der Bundesrepublik und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen von Gewinnen, Einkünften oder steuerpflichtigen Veräußerungsgewinnen aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik unmittelbar oder im Abzugswege zu zahlende Steuer der Bundesrepublik (bei Dividenden aber nicht die Steuer von den Gewinnen, aus denen die Dividenden gezahlt worden sind) wird auf die Steuern des Vereinigten Königreichs angerechnet, die von den Gewinnen, Einkünften oder steuer-

Teil
I

pflichtigen Veräußerungsgewinnen erhoben werden, auf welche sich die Steuer der Bundesrepublik bezieht.

- b) Bei Dividenden, die von einer in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaft an eine im Vereinigten Königreich ansässige Gesellschaft gezahlt werden, welcher unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der Gesellschaft der Bundesrepublik gehören, wird in die Anrechnung (neben den nach Buchstabe a anzurechnenden Steuern der Bundesrepublik) auch die Steuer der Bundesrepublik einbezogen, die die Gesellschaft von den Gewinnen zu entrichten hat, aus denen die Dividenden gezahlt worden sind.

Im Sinne dieses Absatzes gelten die nicht nach dem Gewerbeertrag bemessene Gewerbesteuer sowie die Vermögensteuer nicht als „Steuer der Bundesrepublik“.

(2) Im Falle einer in der Bundesrepublik ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage der Steuer der Bundesrepublik werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb des Vereinigten Königreichs und die innerhalb des Vereinigten Königreichs gelegenen Vermögensteile ausgenommen, die in Übereinstimmung mit diesem Abkommen im Vereinigten Königreich besteuert werden können, es sei denn, daß Buchstabe b gilt; die in Artikel VIII Absatz 1 genannten Gewinne werden aber nur dann ausgenommen, wenn sie im Vereinigten Königreich steuerpflichtig sind. Die Bundesrepublik behält aber das Recht, die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögensteile bei der Festsetzung des Steuersatzes zu berücksichtigen. Bei Einkünften aus Dividenden gilt Satz 1 jedoch nur für Dividenden, die einer in der Bundesrepublik ansässigen Kapitalgesellschaft von einer im Vereinigten Königreich ansässigen Kapitalgesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage der Steuer der Bundesrepublik werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach Satz 3 von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.
- b) Auf die Steuer vom Einkommen, die von den nachstehenden Einkünften aus Quellen innerhalb des Vereinigten Königreichs erhoben wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des deutschen Steuerrechts über die Anrechnung ausländischer Steuern angerechnet:
- (i) die Steuer des Vereinigten Königreichs, die nach dem Recht des Vereinigten Königreichs und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die nicht in Buchstabe a genannten Dividenden erhoben wird;
 - (ii) die Steuer des Vereinigten Königreichs, die nach dem Recht des Vereinigten Königreichs und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für Vergütungen und Ruhegehälter im Sinne des Artikels IX erhoben wird, die aus einer öffentlichen Kasse des Vereinigten Königreichs an eine natürliche Person gezahlt werden, die die deutsche Staatsangehörigkeit hat, ohne zugleich die Staatsangehörigkeit des Vereinigten Königreichs zu besitzen.

(3) Für die Zwecke dieses Artikels gelten:

- a) Gewinne und Vergütungen, die durch eine in einem der Gebiete ausgeübte freiberufliche oder unselbstständige Tätigkeit erzielt werden, als Einkünfte aus Quellen innerhalb dieses Gebietes;

- b) Dienstleistungen, die eine natürliche Person ganz oder überwiegend an Bord von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen erbringt, die eine in einem der Gebiete ansässige Person betreibt, als in diesem Gebiet erbracht; und
- c) Vergütungen oder Ruhegehälter im Sinne des Artikels IX Absatz 1 oder 2 abweichend von den vorstehenden Bestimmungen dieses Absatzes als Einkünfte aus Quellen innerhalb des Gebietes der Vertragspartei, in deren Gebiet sich die Kasse befindet, aus der die Vergütungen oder Ruhegehälter gezahlt worden sind.

Artikel 10

Der folgende neue Artikel wird unmittelbar hinter Artikel XVIII des Abkommens eingefügt:

„Artikel XVIII A

(1) Ist eine in einem der Gebiete ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen einer Vertragspartei oder beider Vertragsparteien für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Gebiete vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der Finanzbehörde des Gebietes unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese Finanzbehörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der Finanzbehörde des anderen Gebietes so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die Finanzbehörden der Gebiete werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen.

(4) Dies Abkommen schließt es nicht aus, daß die Steuer eines der Gebiete im Abzugswege an der Quelle nach den Sätzen erhoben wird, die maßgebend wären, wenn dies Abkommen nicht in Kraft wäre. Sind die betreffenden Einkünfte nach diesem Abkommen in diesem Gebiet von der Steuer befreit oder übersteigt der so einbehaltene Steuerabzug den Steuerbetrag, der sich in diesem Gebiet bei Anwendung dieses Abkommens ergibt, so ist die so einbehaltene Steuer oder der übersteigende Steuerbetrag auf Antrag des Empfängers der Einkünfte beim zuständigen Finanzamt zu erstatten. Die Erstattung ist vorzunehmen, wenn sie innerhalb von 3 Jahren, beginnend mit dem Tage des Zufließens der Einkünfte oder innerhalb einer längeren Frist beantragt worden ist, die das in dem betreffenden Gebiet geltende Recht dafür einräumt.

(5) Die Finanzbehörden der Gebiete können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der vorstehenden Absätze oder zwecks Durchführung des Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 11

Artikel XIX des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel XIX

(1) Die Finanzbehörden der Gebiete werden die Einkünfte austauschen, die erforderlich sind, um dieses Abkommen durchzuführen, um bei den Steuern im Sinne dieses Abkommens die Hinterziehung zu verhindern oder gesetzliche Vorschriften gegen Steuerverkür-

zung durchzuführen. Die derartig ausgetauschten Auskünfte sind als geheim zu behandeln, dürfen aber den Personen (einschließlich Gerichten oder Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die sich mit der Veranlagung oder Erhebung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern oder der mit diesen Steuern zusammenhängenden Strafverfolgung befassen.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen, als verpflichte er die Finanzbehörde eines Gebietes,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis eines der Gebiete abweichen;
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Gebietes nicht beschafft werden können;
- c) Auskünfte zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts-, Gewerbe- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 12

Artikel XXIV des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel XXIV

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jede der Vertragsparteien bis einschließlich 30. Juni eines jeden Kalenderjahres, frühestens jedoch 1971, das Abkommen gegenüber der anderen Vertragspartei auf diplomatischem Wege kündigen; in diesem Falle ist dieses Abkommen nicht mehr anzuwenden:

a) im Vereinigten Königreich:

- (i) hinsichtlich der income tax (Einkommensteuer) einschließlich der surtax (Übersteuer) und der capital gains tax (Steuer vom Veräußerungsgewinn) auf jedes Steuerjahr, das am 6. April des dem Kündigungsjahr folgenden Kalenderjahrs oder danach beginnt; und
- (ii) hinsichtlich der corporation tax (Körperschaftsteuer) auf jedes Rechnungsjahr, das am 1. April des dem Kündigungsjahr folgenden Kalenderjahrs oder danach beginnt;

b) in der Bundesrepublik:

auf jeden dem Kündigungsjahr folgenden Veranlagungszeitraum.“

Artikel 13

Dieses Protokoll gilt auch für das Land Berlin, sofern nicht die Regierung der Bundesrepublik Deutschland

gegenüber der Regierung des Vereinigten Königreichs innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten des Protokolls eine gegenteilige Erklärung abgibt.

Artikel 14

(1) Dieses Protokoll bedarf der Ratifizierung; die Ratifikationsurkunden werden sobald wie möglich in Bonn ausgetauscht.

(2) Dieses Protokoll tritt 30 Tage nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Mit seinem Inkrafttreten gilt dieses Protokoll als Bestandteil des Abkommens; die zuständige Behörde in jedem der Gebiete kann den Wortlaut des Abkommens in der durch dieses Protokoll geänderten Fassung veröffentlichen.

(4) Mit seinem Inkrafttreten ist dieses Protokoll anzuwenden:

a) im Vereinigten Königreich:

- (i) hinsichtlich der income tax (Einkommensteuer) einschließlich der surtax (Übersteuer) und der capital gains tax (Steuer vom Veräußerungsgewinn) auf jedes Steuerjahr, das am 6. April 1969 oder danach beginnt;
- (ii) hinsichtlich der corporation tax (Körperschaftsteuer) auf jedes Rechnungsjahr, das am 1. April 1969 oder danach beginnt;

b) in der Bundesrepublik:

hinsichtlich der Steuern der Bundesrepublik, die für den Veranlagungszeitraum 1969 und für die folgenden Zeiträume erhoben werden.

(5) Ergäbe sich nach den Vorschriften des nicht geänderten Abkommens eine weitergehende Steuerbefreiung als nach dem durch dieses Protokoll geänderten Abkommen, so sind diese Vorschriften weiterhin auf die Steuerjahre, Rechnungsjahre oder Veranlagungszeiträume anzuwenden, die vor dem Inkrafttreten dieses Protokolls begonnen haben; dieser Absatz berechtigt aber eine in der Bundesrepublik ansässige Person nicht zur Anrechnung eines Betrages an Steuern des Vereinigten Königreichs, der den tatsächlich zu zahlenden Betrag übersteigt.

(6) Ergäbe sich für die von einer in der Bundesrepublik ansässigen Gesellschaft gezahlten Dividenden nach Artikel XVIII Absatz 2 des nicht geänderten Abkommens eine weitergehende Befreiung von der Steuer des Vereinigten Königreichs als nach Artikel 9 dieses Protokolls, so ist der genannte Artikel XVIII Absatz 2 für die Steuer des Vereinigten Königreichs hinsichtlich der vor dem Inkrafttreten des Protokolls beginnenden Steuer- oder Rechnungsjahre ungeachtet des Absatzes 5 nur insoweit weiterhin anzuwenden, als die Dividenden vor dem Inkrafttreten dieses Protokolls gezahlt worden sind.

ZU URKUND DESSEN haben die hierzu gehörig befugten Unterzeichneten dieses Protokoll unterschrieben.

GESCHEHEN zu London, am 23. März 1970, in zwei Urschriften, jede in deutscher und englischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:

K.-G. von Hase

Für das Vereinigte Königreich
Großbritannien und Nordirland:

G. M. Thomson